

# Kompromiss-Tüftler Francois Hollande in höchsten Nöten

Bauern, Ökologen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und der eigene Premierminister Valls bereiten dem ewigen Taktierer größte Schwierigkeiten.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

šRücktrittö und šGaunerö schallte aus der Menge, die Francois Hollande auf dem Pariser šAgrar-Salonö am Samstag bedrängte. Der Welt größte, alljährliche Landwirtschaftsmesse ist für Frankreichs Politiker sowohl eine Pflichtveranstaltung als auch oft ein Spießbrutenlauf zwischen protestierenden Bauern und johlenden politischen Gegnern. Aber diesmal sorgten die Drängereien, Stänkereien und vereinzelt Schlägereien zwischen Landwirten und Sicherheitskräften für einen besonderen Eklat, weil gleichzeitig eine Reihe weiterer, brodelnder Krisenherde für Endzeitstimmung im Umkreis der sozialistischen Staatsführung sorgen.

Dabei zeigte Hollande auf dem šAgrar-Salonö Mut und ließ sich nicht aus der Fassung bringen. šIch bin auch gekommen, um diesen Aufschrei des Leidens zu hörenö, beteuerte der Staatschef. Auch hat Hollande mehr Gelder für die darbenenden französischen Viehzüchter flüssig gemacht als seine Vorgänger. Freilich stößt der Präsident an die Grenzen seiner diesbezüglichen Handlungsfähigkeit angesichts des Preisverfalls für Fleisch und Milch durch russische Sanktionen, dem Ende der EU-Milchquoten, dem chinesischen Importabbau und dem erbitterten Wettkampf um Niedrigpreise der dominanten Handelsketten.

Am Samstag blockierten auch über 50.000 Gegner eines Flughafenprojekts bei Nantes die wichtigsten Straßen-Verbindungen im mittleren Teil Westfrankreichs. Diese langjährige Bewegung stützt sich auf einen Teil der lokalen Bauern (die enteignet wurden aber bisher nicht weichten), diverse Bürgerinitiativen, alle Umweltschutz-Organisationen, die Grünen und militante Linke (die ein Areal um den künftigen Bauplatz besetzt halten und nötigenfalls gegen eine Polizeiräumung mit allen Mitteln verteidigen wollen). Dieser Konflikt entzweit auch die Regierung, die gerade erst wieder grüne Politiker in ihre Reihen aufgenommen hat.

Noch schwerer wiegen die Unstimmigkeiten angesichts einer von der SP-Regierung geplanten Liberalisierung des französischen Arbeitsrechts: vorgesehen sind eine Lockerung des Kündigungsschutz auch bei unbefristeten Arbeitsverträgen, reduzierte Obergrenzen für Abfertigungen im Entlassungsfall, bis zu 40 Stunden Arbeitszeit für Lehrlinge, erhöhte Flexibilität der Arbeitszeiten, Erleichterung innerbetrieblicher Vereinbarungen zwecks Umgehung der branchenweisen Gehaltsregeln und Überstundenbezahlung, wobei letzteres die 35-Stundenwoche als Berechnungsgrundlage außer Kraft setzen würde. Allerdings ist als Ausgleich für die entsprechend weniger abgesicherten Arbeitnehmer und für Arbeitssuchende ein lebenslanges, persönliches šSozialkontoö vorgesehen, das den Fortbestand der Anrechte auf soziale Unterstützung, Weiterbildung und Umschulung gewährleisten soll.

šWird die Sozialistische Partei den Winter überstehen?ö, schlagzeilte das Massenblatt šParisienö. Tatsächlich könnte dieses Gesetzesnovelle zur Reform des Arbeitsrechts zum finalen Zerwürfnis zwischen jenen SP-Abgeordneten führen, die dem sozialliberalen Kurs von

Premier Manuel Valls folgen, und jenen, die darin einen politischen Selbstmord der Linken sehen. Gewerkschaften und Jugendorganisationen rüsten bereits zu Massenprotesten.

Ansporn erhielten diese Kritiker durch den spektakulären Aufruf der prominenten SP-Politikerin Martine Aubry. „Genug ist genug“, schrieb die vielfache Ex-Ministerin und aktuelle Bürgermeisterin der nordfranzösischen Metropole Lille: „Unser gesamtes Sozialgefüge wird zerstört und Frankreich nachhaltig geschwächt.“

Valls pocht hingegen darauf, dass dem anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich (mehr als 600.000 Arbeitssuchende seit dem Amtsantritt von Hollande und eine landesweite Durchschnittsrate von 10,5 Prozent) nur durch ein flexibleres Arbeitsrecht begegnet werden kann. Nur so könnten die Unternehmer zu Neu-Einstellung in großen Umfang ermutigt werden. Gleichzeitig sollen aber sozialstaatliche Begleitmaßnahmen für Neuqualifizierungs- und Überbrückungs-Phasen nach dem Vorbild der skandinavischen „Flexi-Sicherheit“ sorgen.

Im Gegensatz zu Präsident Hollande, der stets den Anschein erweckt, er würde an einem Kompromiss zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken tüfteln, geht Premierminister Valls seine Kritiker frontal an, so als würde er den Konflikt mit ihnen auf die Spitze treiben wollen. Über den Aufruf von Martine Aubry meinte er: dieser Text würde zwar „nicht den geringsten konkreten Vorschlag“ enthalten, hätte aber den „Vorteil zur Parteinahme zu zwingen“. Nunmehr stünden sich „zwei unversöhnlichen Linken“ gegenüber: „eine Linke des 19. Jahrhunderts und eine Linke des 21. Jahrhunderts“. Zu letzterer zählt sich Valls. Einige Polit-Beobachter vermuten, Valls würde absichtlich auf einen Clash innerhalb des sozialistischen Lagers zusteuern. Sollte er dann vom ewigen Taktierer Hollande eingebremst oder gar zurechtgewiesen werden, könnte er dies zum Anlass nehmen, um als Premierminister zu demissionieren – mit dem Ziel einer eigenen Kampagne für die Präsidentenwahlen 2017 – ohne Rücksicht auf den, aus seiner Sicht, gescheiterten Hollande.